

Dienstvereinbarung zur Umsetzung des Urteils des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts zur Arbeitszeit der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten im Bereitschaftsdienst mit 56 Stunden pro Woche

Präambel

Diese Dienstvereinbarung regelt die Umsetzung des Urteils des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 30.05.2007 - 5 LC 225/04 - zur wöchentlichen Höchstarbeitszeit der Feuerwehr im Bereitschaftsdienst in Höhe von 48 Stunden.

Der bis zum 09.07.2007 geltende § 1 I Satz 1 der Niedersächsischen Arbeitszeitverordnung Feuerwehr (ArbZVO – Feu), der eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 56 Stunden für Beamtinnen und Beamte vorsah, die mehr als 30 Stunden Bereitschaftsdienst leisten, verstößt - so das Niedersächsische OVG - gegen die europarechtlichen Vorgaben der Arbeitszeitgestaltung. Mittlerweile ist ab dem 10.07.2007 in der Arbeitszeitverordnung Feuerwehr, Nds. GVBl. Nr. 20/2007 in § 2 I Satz 1 geregelt, dass die wöchentliche Arbeitszeit durchschnittlich 48 Stunden beträgt

Diese Vereinbarung dient dazu, den Beamtinnen und Beamten der Feuerwehr, die Bereitschaftsdienst leisten, einen Ausgleich für die Dienste zu gewähren, die über 48 Stunden pro Woche hinaus gingen und gehen. Die Landeshauptstadt Hannover wendet hierbei die Arbeits- und Gesundheitsschutzbestimmungen des Artikel 6 b), Artikel 19 Absatz 2 der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 04.11.2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung an (ABL. Nr. L 299, Seite 9 - Richtlinie 2003/88/EG).

1. Geltungsbereich

Diese Dienstvereinbarung gilt für die feuerwehrtechnischen Beamtinnen und Beamten, die sowohl am 30.05.2007 als auch am 31.05.2007 Einsatzdienst leisteten, auch wenn sie wegen Urlaub, Freizeitausgleich, Sonderurlaub oder Krankheit verhindert waren.

2. Regelungsinhalt

Die Beamtinnen und Beamten erhalten für Bereitschaftsdienste, die sie im Zeitraum vom 01.10.2003 bis zum 30.05.2007 ableisteten, einen finanziellen Ausgleich im Umfang von insgesamt 50 % ihrer erworbenen individuellen Ansprüche. Zu 45 % werden die individuellen Ansprüche durch Freizeitausgleich vergolten. Die restlichen 5 % werden nicht beglichen.

Jeglicher Freizeitausgleich kann grundsätzlich erst ab 01.01.2012 genehmigt werden, da die zwangsläufig entstehenden Vakanzen im Einsatzdienst erst ab diesem Zeitpunkt durch qualifizierte Ersatzkräfte kompensiert werden können.

Im Einzelnen vergütet die Landeshauptstadt Hannover die bereits erbrachten und noch zu erbringenden Bereitschaftsdienste wie folgt:

a) Zahlung im Januar 2008

Für die Zeit vom 31.05.2007 bis zum 31.12.2007 werden die Bereitschaftsdienstzeiten in Anlehnung an das Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vom 04.10.2007 im Januar 2008 abgegolten. Hiernach beträgt die zusätzliche Vergütung für jede dienstplanmäßige 24-Stunden-Schicht 25 € in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 sowie 35 € in den Besoldungsgruppen ab A 9.

b) Zahlung im Februar 2008

Sämtliche finanziellen Ansprüche, also 50 % der gesamten Vergütung für Bereitschaftszeiten im 24-Stunden-Dienst, welche die Beamtinnen und Beamten in der Zeit vom 01.10.2003 bis zum 30.05.2007 geleistet hatten, werden im Februar 2008 folgendermaßen abgerechnet:

War die/der Bedienstete pro Monat für mindestens 8 Schichten laut Dienstplan eingeteilt, werden 17,4 Stunden für den jeweiligen Monat mit der entsprechenden Mehrarbeitsvergütung multipliziert. Anzuwenden ist die Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.12.1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Art. 11 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2003/2004 vom 10.09.2003 (BGBl. I S. 1798).

Wenn die/der Bedienstete monatlich weniger als 8 Schichten im Bereitschaftsdienst erbracht hatte, wird jeder tatsächlich geleistete 24-Stunden-Dienst mit dem Faktor 1,74 multipliziert. Das Ergebnis wird wiederum mit der entsprechenden Mehrarbeitsvergütung gemäß der derzeit geltenden Mehrarbeitsvergütungsverordnung (s.o.) multipliziert.

c) Zahlung im September 2008

Für 24-Stunden-Bereitschaftsdienste im Zeitraum vom 01.01.2008 bis zum 31.07.2008 wird die Vergütungszahlung im September 2008 in Anlehnung an das Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vom 04.10.2007, wie unter 2.a) dargestellt, erfolgen.

d) Ausscheiden bis zum 31.12.2011

Sofern Feuerwehrbeamte, die unter den Geltungsbereich dieser Vereinbarung fallen, bis zum 31.12.2011 aus dem aktiven Dienst ausscheiden, erhalten sie einen finanziellen Ausgleich in Höhe von 95 % ihrer individuellen Ansprüche.

e) Anrechnung bereits gezahlter Vergütungen

Der von der LHH im Vorgriff auf diese Vereinbarung bereits gezahlte finanzielle Ausgleich von Bereitschaftsdiensten für die Zeit ab dem 31.05.2007 wird auf Grund dieser Vereinbarung zu zahlender Vergütung angerechnet.

3. Die örtliche Personalvertretung des Fachbereichs 37 wird mit der Fachbereichsleitung 37 mit dem Ziel einer örtlichen Vereinbarung weiter darüber verhandeln, wie die Ansprüche auf Freizeitausgleich auszugestalten sind.

Die Verhandlungen werden bis zum 30.06.2008 geführt. Sollte bis zu diesem Termin kein verbindliches Ergebnis vorliegen, wird die Verhandlungsrunde, die diese Dienstvereinbarung erarbeitet hat, eine Einigung herbeiführen.

Grundsätzlich sollen die Dienstbefreiungsansprüche auf einem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben werden. Freizeitausgleich kann grundsätzlich ab 2012 gewährt werden, sofern dem keine dienstlichen Gründe entgegenstehen.

4. Über diese Dienstvereinbarung hinaus stehen den betreffenden Bediensteten der Feuerwehr der Landeshauptstadt Hannover für geleistete und noch zu erbringende Bereitschaftsdienste keine weitergehenden Ansprüche zu.

Hannover, den 18.12.2007



Fachbereichsleitung Steuerung,
Personal und Zentrale Dienste



Gesamtpersonalrat